

Staaten in den kommenden Jahren rechnen müssen.

Eine Reihe umfassender Untersuchungen hat der Regierung, dem Parlament und dem kanadischen Volk unschätzbare Kenntnisse und Einblicke in die vielen komplexen Fragen vermittelt, die hierbei zur Debatte stehen.

Auf ähnliche Weise hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten mit den ihr offenstehenden Alternativen befaßt, um festzustellen, welche davon ihren eigenen Interessen am besten dienen würde.

Die kanadische Regierung wurde durch die Schlußfolgerung der Nationalen Energiebehörde (National Energy Board) beeinflusst, daß nämlich die bisher im Mackenzie-Delta gefundenen Erdgasvorkommen von rund 150 Milliarden Kubikmeter die billigste der neuen Energieversorgungsquellen darstellen, die Kanada zur Verfügung stehen. Die Behörde folgerte ferner, daß Kanada aufgrund von verschiedenen und gegenwärtig schwer einzuschätzenden Faktoren frühestens 1981 oder spätestens 1985 nicht nur zur Deckung seines eigenen Bedarfs, sondern auch zur Erfüllung von Verträgen über die Gasausfuhr nach den Vereinigten Staaten auf diese Vorkommen angewiesen sein könnte...

Der Regierung wurde von Präsident Carter mitgeteilt, daß seine Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Kanada bereit ist, um zu ergründen, ob sich eine Basis für Vereinbarungen zwischen beiden Ländern schaffen läßt. Mit diesem Ziel wird man baldmöglichst die Erörterungen mit dem amerikanischen Beauftragten aufnehmen...

Wirtschaftliche und soziale Faktoren

Die kanadische Regierung würde sich bemühen, für folgendes zu sorgen: daß Bau und Betrieb einer solchen Pipeline nicht die Regelung der Forderungen der Indianer und Eskimos und die Durchführung entsprechender Vereinbarungen beeinträchtigen; daß die nachteiligen Auswirkungen eines solchen Leitungssystems auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auf ein absolutes Mindestmaß beschränkt und im Falle ihrer Unvermeidlichkeit angemessene Entschädigungen gezahlt werden; daß etwaige auf kurze oder lange Sicht bestehende Vorteile für die Menschen im Hohen Norden in weitestmöglichem Maße ausgenutzt werden und daß auch der Umweltschaden im Norden so niedrig wie irgend möglich gehalten wird.

Außerdem plant die Regierung, mit den Gesellschaften der Foothills-Gruppe Gespräche aufzunehmen, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen das Projekt durchgeführt werden könnte.

Falls es möglich sein sollte, mit den Vereinigten Staaten grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich der zahlreichen Faktoren zu erzielen, die berücksichtigt werden müssen, dann beabsichtigt die Regierung umfassende Beratungen mit den betreffenden Provinz- und Territoriumsregierungen, den Organisationen der Indianer und

Kanadier im NATO-Stab



Generalmajor Reginald J. G. Weeks wurde mit Wirkung vom 1. September 1977 zum Stellvertretenden Leiter des militärischen Nachrichtendienstes im NATO-Hauptquartier in Brüssel ernannt. Generalmajor Weeks, der seit 1972 als Generaldirektor für Nachrichtenwesen und Sicherheit beim Generalinspekteur der kanadischen Streitkräfte tätig war, ist der erste kanadische Offizier, der auf diesen Posten in den internationalen Militärstab der NATO berufen wurde.